

Für Hersteller schwerer Autos

Nun doch mehr Schadstoff erlaubt

Frankfurt am Main (dpa). Die deutschen Autohersteller müssen einem Zeitungsbericht zufolge den Schadstoffausstoß ihrer Wagen deutlich weniger reduzieren als erwartet. Die EU-Kommission komme der deutschen Branche mit ihren vielen schweren Premiumfahrzeugen entgegen, berichtete am Samstag die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ unter Berufung auf ein internes Papier der Europäischen Kommission. Danach müssten die Hersteller schwerer Autos den Ausstoß ihrer Flotte nicht auf durchschnittlich 130 Gramm Kohlendioxid je Kilometer senken, sondern dürften eindeutig darüber bleiben. Im Gegenzug würden Kleinwagen stärker belastet, damit der EU-Durchschnitt von 130 Gramm bis 2012 erreicht werde. Derzeit liegt der Ausstoß bei 160 Gramm.

Der Gesetzesvorschlag werde von Umweltkommissar Stavros Dimas und Industriekommissar Günter Verheugen am 19. Dezember vorgelegt werden, hieß es dazu aus Brüssel.

Der Verband der Automobilindustrie wollte den Bericht nicht kommentieren. Laut „FAZ“ soll der je Kilogramm gewährte Nachlass für schwere Autos allerdings kontinuierlich sinken, je schwerer ein Auto sei. So wolle die Kommission sicherstellen, dass die Produzenten sehr schwerer Autos einen größeren Beitrag zum Klimaschutz leisten als die von leichteren Wagen. Die deutsche Autoindustrie fordert seit langem nach Fahrzeugsegmenten differenzierte Vorgaben.



Portugals Staatspräsident José Sócrates, Gastgeber des EU-Afrika-Gipfels, begrüßt Bundeskanzlerin Angela Merkel. Bild: dpa

EU-Afrika-Gipfel sucht neue Wege der Partnerschaft

Schelte für Diktator

Lissabon (dpa). Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich gestern beim EU-Afrika-Gipfel nachdrücklich für die Beachtung der Menschenrechte eingesetzt.

Vor den versammelten Staats- und Regierungschefs der Europäischen und der Afrikanischen Union sagte Merkel in Lissabon: „Wir setzen uns für Menschenrechte ein, weil wir die Konsequenzen kennen, wenn sie missachtet werden: politische Instabilität, Krieg, Flucht und Vertreibung.“ – „Die Folgen kennen keine Grenzen – auch nicht zwischen Kontinenten“, fügte die Bundeskanzlerin hinzu. „Die Achtung der Menschenrechte dagegen eröffnet Chancen in ungeahntem Ausmaß.“

Auch andere EU-Regierungsvertreter äußerten deutliche Kritik insbesondere an Menschenrechtsverletzungen in Simbabwe. Portugals Ministerpräsident José Sócrates sagte, der Gipfel – der erste seit 2000 – sei „schon zu lange hinausgeschoben worden“. „Jahrelang war es die Beziehung zwischen Europa und Simbabwe und die dortige schwerwiegende Situation, die diesen Gipfel unmöglich machte.“ Er hoffe, dass neue politische Instrumente, die die EU und Afrika nun entwickelten, in Zukunft auch in der Frage der Menschenrechte „bessere Ergebnisse“ ermöglichen. Beide Seiten bekräftigten die Absicht, eine neue strategische

Partnerschaft zu begründen. „Die wirkliche Bedeutung dieses Gipfels liegt darin, die Grundlage für eine neue Partnerschaft zu schaffen, die auf gegenseitigem Respekt und der Absicht zur Förderung gemeinsamer Interessen beider Kontinente besteht“, sagte der ghanaische Präsident John Kufuor, derzeit Präsident der Afrikanischen Union. Sócrates erklärte: „Die Geschichte fordert uns auf, gemeinsam ein völlig neues Blatt in den Beziehungen zwischen Europa und Afrika zu beschreiben.“ EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso sagte, natürlich müsse man auch über die Lage in Darfur oder die Frage von Menschenrechten in Simbabwe sprechen. „Jene, die für die Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Länder gekämpft haben, werden jetzt hoffentlich auch die Freiheit der eigenen Bürger akzeptieren können“, sagte Barroso, während der simbabwische Präsident und einstige Unabhängigkeitskämpfer Robert Mugabe reungslos zuhörte.

Der Präsident des Europaparlaments, der CDU-Abgeordnete Hans-Gert Pötering, forderte die Afrikanische Union auf, „wirksame Maßnahmen zu entwickeln, welche die Bürger einzelner Staaten nicht schutzlos ihrer Führung ausliefern, wenn diese Staaten in fundamentaler Weise die Menschenrechte verletzen und das eigene Land ruinieren“. Der britische Premierminister Gordon Brown blieb dem Treffen aus Protest gegen die Anwesenheit Mugabes fern.

KURZ NOTIERT

Kein Eingriffe. Die EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes hat sich gegen staatliche Eingriffe in die Wirtschaft ausgesprochen. „Eine Einmischung in grenzübergreifende Fusionen oder der Schutz von Arbeitsplätzen und Branchen vor dem internationalen Wettbewerb sind wirkungslos“, sagte Kroes gestern bei der Entgegennahme der Reinhold-Maier-Medaille in Stuttgart. Am Rande der Verleihung bewertete Kroes die Einführung von Mindestlöhnen im Postsektor kritisch: „Die EU wird ein strenges Auge darauf werfen.“

Mehr Geld. Die kommunalen Arbeitgeber sind bei der bevorstehenden Tarifrunde für die Beschäftigten von Bund und Kommunen zu deutlichen Lohnerhöhungen bereit. Ein Tarifabschluss wie bei den Ländern, wo die Löhne von Januar an um 2,9 Prozent steigen, sei auch für die Kommunen vorstellbar, sagte der Präsident der Vereinigung der

kommunalen Arbeitgeberverbände, Thomas Böhle, der „Wirtschaftswoche“. Dazu müsse allerdings eine Verlängerung der Arbeitszeit im Westen von 38,5 auf 40 Stunden kommen, so wie es schon in Ostdeutschland der Fall sei.

Keine Erinnerung. Die Affäre um zerstörte CIA-Videomitschnitte von „harschen“ Verhören mutmaßlicher hochrangiger Al-Qaida-Terroristen schlägt immer höhere Wellen. Das Weiße Haus versicherte, dass Präsident George W. Bush erst kürzlich über die Existenz und Vernichtung der Bänder informiert worden sei. Bush habe „keine Erinnerung“ daran, dass er schon früher von den Aufzeichnungen oder deren Zerstörung gewusst habe, zitierte der US-Sender CNN eine Sprecherin. Bush sei erst am Vortag unterrichtet worden. Laut „New York Times“ wussten jedoch hohe Beamte im Weißen Haus und Justizministerium seit 2003 von den Bändern. dpa

Kosovo will sich von Serbien lösen – Uneinigkeit über Umgang mit der Provinz

UN vor Machtkampf mit Moskau

New York (dpa). Bei der Entscheidung zur Zukunft des Kosovo droht den Vereinten Nationen ein Machtkampf mit Moskau. Der serbische Ministerpräsident Vojislav Kostunica bekräftigte am Samstag die von Russland unterstützte Forderung, die Gespräche zwischen Serben und Kosovo-Albanern über den künftigen Status der abtrünnigen Provinz fortzusetzen. Die Kosovo-Troika aus EU, USA und Russland erklärte die Verhandlungen dagegen in ihrem Bericht an die UN offiziell für gescheitert.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow kritisierte am Samstag in Moskau die Unterstützung der USA für die von Pristina angekündigte einseitige Unabhängigkeitserklärung. Die Alternativlosigkeit, mit der vor allem Washington eine solche Unabhängigkeit fordere, sei das größte Hindernis bei der Suche nach einer Verhandlungslösung,

sagte Lawrow nach Angaben der Agentur Interfax.

In dem Bericht, der am Freitag an UN-Generalsekretär Ban Ki Moon übergeben wurde, hieß es: „Nach 120 Tagen intensiven Verhandlungen waren die Parteien nicht in der Lage, eine Einigung über den Status des Kosovo zu erreichen. Keine Seite war bereit, in der grundlegenden Frage der Souveränität nachzugeben.“ Der Sicherheitsrat will sich am 19. Dezember mit dem Thema befassen.

Die Kosovo-Albaner streben die Unabhängigkeit von Serbien an, Belgrad will die Provinz nicht ziehen lassen. Beide Seiten hätten jedoch zugesagt, auf Gewalt, Drohungen oder Einschüchterungsversuche zu verzichten, heißt es in dem Troika-Bericht. „Beide Seiten müssen daran erinnert werden, dass ein Bruch dieser Zusagen die

europäische Zukunft beeinträchtigt, die beide wollen.“ Russland fordert eine Lösung, der auch Belgrad zustimmen könne.

Auch beim Nato-Russland-Rat habe die Position des Kreml kein Gehör bei den Amerikanern gefunden, kritisierte Lawrow. „Ich hoffe, dass der UN-Sicherheitsrat jetzt die nötigen Schlüsse zieht“, fügte der Außenminister hinzu. Der russische UN-Botschafter Witali Tschurkin hatte am Freitag angekündigt, Moskau werde in dem höchsten UN-Gremium auf eine Fortsetzung der bilateralen Verhandlungen drängen. Der Westen hält die Gespräche für ausgereizt.

Der serbische Ministerpräsident Kostunica erklärte in seiner in Belgrad veröffentlichten Stellungnahme, Verhandlungen seien der einzige Weg für eine Lösung, die eine „unvorhersehbare und langwierige“ Krise verhindern könnte.

Im Gespräch mit Sonntag Aktuell mahnen Bischöfe der katholischen und evangelischen Kirche den Schutz des Lebens an

Kirchen auf Konfrontationskurs mit CDU

Das C verursacht Ungemach: Aus der katholischen und der evangelischen Kirche wird Kritik laut am Stammzellen-Beschluss der CDU.

Wissenschaftler hoffen seit langem, mit Hilfe von embryonalen Stammzellen neue Heilverfahren entwickeln zu können. Für die Kirchen und die Lebensschützer in den politischen Parteien ein ethisch hochbedenkliches Unterfangen: Leben töten, um Leben zu retten? Um der Forschung ein Stück weit entgegenzukommen, wurde 2002 im Bundestag ein Kompromiss gefunden: Demnach dürfen in Deutschland nur embryonale Stammzellen verwendet werden, die aus dem Ausland importiert und vor dem 1. Januar 2002 gewonnen wurden.

Wissenschaftler fordern seit langem, diesen Stichtag zu verschieben, vor allem wohl deshalb, weil die alten Stammzelllinien kaum mehr zu gebrauchen sind. Nun hat die CDU auf ihrem Parteitag Anfang der Woche für die Verschiebung gestimmt, die Mehrheit fiel indes äußerst knapp aus.

Der Bischof der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Gebhard Fürst, äußert sich im Gespräch mit Sonntag Aktuell überrascht und irritiert über den Parteitagbeschluss. Allein die vorausgegangene, emotional geführte Diskussion und das knappe Ergebnis bei der Abstimmung offenbarten das ethische Dilemma, in dem sich die gesamte Gesellschaft in dieser Frage befinde. In einer solchen Situation sei es unangemessen und falsch, das „ethische Schisma“ und die „Lagerbildung“ noch zu verschärfen.

„Ich bin enttäuscht, dass ausgerechnet die CDU diese Position geräumt hat“, sagt der Katholik unmissverständlich. Und dies in einer Zeit, in der neue Hoffnung keime. Fürst verweist auf die jüngsten Erfolge japanischer und amerikanischer Forscherteams, denen es gelungen ist, Stammzellen aus Haut- und Bindegewebszellen zu gewinnen, die von einer erwachsenen Frau und einem Baby stammten. Insofern sei auch die



Kritik und Mahnung: der katholische Bischof Gebhard Fürst (links) und der evangelische Bischof Frank Otfried July.



Bilder: dpa

Hoffnung nicht mehr unbegründet, mit solchen Zellen genau die Ziele zu erreichen, die man glaubte, nur mit embryonalen Stammzellen erreichen zu können. Um letztere zu gewinnen und mit ihnen experimentieren zu können, müssten Embryonen getötet werden, so Fürst.

Wenn der Stichtag einmal verschoben werde, mahnt der Bischof, könnten in Zukunft weitere Verschiebungen kaum noch verhindert werden. Damals sei von Wissenschaftlern im Nationalen Ethikrat behauptet worden, embryonale Stammzellen hätten Ewigkeitswert. „Das hat sich als brüchiges Versprechen erwiesen. Das Gleiche wird wieder eintreten.“ Darüber hinaus gebe es Forscher, die Embryonen ausschließlich deswegen im Reagenzglas züchten wollten, um sie dann zu töten. „Eine Stichtagsverschie-

bung ist ein erster Schritt zur völligen Liberalisierung.“

Schon im Frühjahr ist damit zu rechnen, dass sich der Bundestag wieder mit der Stichtagsregelung befasst. Fürst baut warnend vor: „Die katholische Kirche bleibt aus guten Gründen bei ihrer Position: Auch embryonale Menschen dürfen zum Zwecke einer erhofften besseren Heilung anderer Menschen nicht getötet werden.“ Die Forschung sei frei, so Fürst, aber die Freiheit der Forschung sei nicht grenzenlos. „Sie hat ethische Grenzen.“ Schon einmal, nämlich während der Nazizeit, seien in Deutschland Menschenversuche gemacht worden mit der Begründung, man könne damit die Heilungschancen anderer Menschen verbessern. Zu diesem Zwecke seien in Auschwitz Menschenversuche gemacht worden.

Auch der evangelische Landesbischof in Württemberg, Frank Otfried July, sieht den CDU-Parteitagbeschluss kritisch. Zwar gebe es Stimmen in seiner Kirche, die eine Verschiebung des Stichtags für möglich hielten. Er selbst aber habe große Bedenken: „Eine Instrumentalisierung und Verwendung menschlichen Lebens auch im Anfangszustand bereitet den Weg zu immer weitergehenden Verfügbarkeitsansprüchen.“

Eine Veränderung der Stichtagsregelung, so der Bischof im Gespräch mit Sonntag Aktuell, öffne die Tür zu immer neuen Anpassungen. Der ethische Diskurs in dieser Frage müsse unbedingt weitergeführt werden. July wünscht sich wie auch Fürst, dass nur die Forschung mit adulten Stammzellen politische und gesellschaftliche Förderung erfahre.

Andreas Braun

SONNTAG AKTUELL

erscheint als siebte Ausgabe für:

Ausgabe Zeitungsmarkt Stuttgart
Stuttgarter Zeitung/Stuttgarter Nachrichten/Fellbacher Zeitung, Backnanger Kreiszeitung, Bietigheimer Zeitung/Bönnigheimer Zeitung/Sachsenheimer Zeitung, Cannstatter/Untertürkheimer Zeitung, Gäubote Herrenberg, Gmünder Tagespost, Kornwestheimer Zeitung, Kreiszeitung Böblinger Bote, Leonberger Kreiszeitung, Ludwigsburger Kreiszeitung, Neckar- und Enzboten, Marbacher Zeitung, Mühlacker Tagblatt, Rems-Zeitung Schwäbisch Gmünd, Reutlinger General-Anzeiger/Echaz-Bote/Pfullinger Stadtanzeiger/Metzinger-Urachter General-Anzeiger, Sindelfinger Zeitung/Böblinger Zeitung, Vaihinger Kreiszeitung, Waiblinger Kreiszeitung, Welzheimer Zeitung, Winnender Zeitung, Schornдорfer Nachrichten

Ausgabe Zeitungsmarkt Ulm
SÜDWEST PRESSE Ulm/Neu-Ulm, Alb Bote Münsingen, Brentzler-Bote, Ehinger Tagblatt, Heidenheimer Neue Presse, Heidenheimer Zeitung, Metzinger-Urachter Volksblatt/Der Ermsalbote, NWZ Göppinger Kreisnachrichten, Reutlinger Nachrichten/Pfullinger Zeitung

Ausgabe Zeitungsmarkt Rhein-Neckar
Mannheimer Morgen, Schwetzingener Zeitung, Südhessen Morgen

Zeitungsmarkt Pfalz
Der Reisetel erscheint in der Pfalz als Bestandteil der Rheinpfalz am Sonntag sowie der Pirmasenser Zeitung am Sonntag.

Herausgeber/Auflagen
Ausgabe Stuttgart (verk. Auflage: 438 486 Exemplare), Sonntag Aktuell GmbH; Ausgabe Ulm (verk. Auflage: 133 971 Exemplare), Neue Pressegesellschaft mbH & Co. KG; Ausgabe Rhein-Neckar (verk. Auflage: 85 326), Mannheimer Verlagsanstalt GmbH; Zeitungsmarkt Pfalz, Rheinpfalz am Sonntag/Pirmasenser Zeitung am Sonntag (verk. Auflage: 238 118), Rheinpfalz Verlag und Druckerei GmbH & Co. KG; Auflagen IVW III. Quartal 2007.

Zentralredaktion
Chefredakteur: Andreas Braun. Verantwortliche Redakteure: Martin Gerstner (Zeitgeschehen), Andreas Steidel (Reise), Jochen Fischer (Motor), Jürgen Löhle (Sport), Susanne Stiefel (Chefreporterin). Chefin vom Dienst: Antje Schmitz.

Postanschrift
Sonntag Aktuell GmbH, Postfach 10 44 62, 70039 Stuttgart, Plieninger Straße 150, 70567 Stuttgart, E-Mail: redaktion@soak.zgs.de, Telefon 07 11 / 72 05 - 0, Fax 07 11 / 72 05 - 3509.

Überregionale Anzeigen:
Stuttgarter Zeitung Werbevermarktung GmbH & Co. KG Postfach 10 60 32, 70049 Stuttgart, Plieninger Straße 150, 70567 Stuttgart, E-Mail: anzeigen@stzw.zgs.de, Telefon 07 11 / 72 05 - 0, Anzeigenservice 0 18 03 / 07 07 07, Fax 0 18 03 / 08 08 08, Reiseanzeigen Fax 07 11 / 72 05 - 1676, Anzeigenleitung: Armin Gross, Anita Benesch (stv.)
Sonderthemen: Werner Swoboda (Anzeigen)
Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt, Streik oder Aussperrung besteht kein Anspruch auf Entschädigung. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29 vom 1. 1. 2007.

Druck
Ausgabe Stuttgart und Ulm: Pressehaus Stuttgart Druck GmbH, Postfach 10 60 32, 70049 Stuttgart.
Ausgabe Rhein-Neckar: Mannheimer Morgen Großdruckerei und Verlag GmbH, Dudenstraße 12-26, 68167 Mannheim.
Zeitungsmarkt Pfalz, Rheinpfalz am Sonntag/Pirmasenser Zeitung am Sonntag: Rheinpfalz Verlag und Druckerei GmbH & Co. KG, Druckzentrum, Flomersheimer Straße 4, 67071 Ludwigshafen (Oggersheim).

Wir verwenden Recycling-Papier und sind nach DIN EN ISO 9001:2000 und DIN EN ISO 14001:2005 zertifiziert.